



Interviews

20. Februar 2024, 8.10 Uhr

Karl Lauterbach (SPD), Bundesgesundheitsminister, im Gespräch mit Jasper Barenberg

Jasper Barenberg: Am Telefon ist der Bundesgesundheitsminister. Schönen guten Morgen, Karl Lauterbach.

Karl Lauterbach: Guten Morgen, Herr Barenberg.

Barenberg: Das ist ja schon länger, dass es harsche und jetzt auch noch mal sehr grundsätzliche Kritik an Ihren Plänen gibt von verschiedensten Seiten, auch aus Ihrer eigenen SPD-Fraktion. Warum ist das für Sie kein Grund, Abstand von diesen Plänen zu nehmen?

Lauterbach: Zunächst einmal: Die Argumente sind nicht neu und man muss sie sehr ernst nehmen. Es gibt die Gefahr, dass der Schwarzmarkt dann bleibt, und wenn der Schwarzmarkt bliebe, dann wäre er möglicherweise in Teilen schlechter kontrollierbar. Das ist aber nicht das, was die Studienlage hergibt und was wir hoffen dürfen. Wir dürfen hoffen, dass wir mit diesem Gesetz zwei Drittel des Schwarzmarktes beenden können, und damit lösen wir ein großes Problem, weil das Schwarzmarkt-Cannabis ist heute in toxischer Konzentration auf dem Markt, die sehr schädlich sind. Oft sind Beimengungen dabei. Die kriminellen Dealer versuchen, Kinder und Jugendliche gezielt in Abhängigkeit zu bringen, und versuchen, dann auch die Konsumenten zu überführen in andere Drogen.

Barenberg: Herr Lauterbach, wenn wir bei diesem Punkt vielleicht mal bleiben? Der ist ja wichtig und ein zentraler Baustein, wenn ich mir anschau, welche Ziele Sie gesetzt haben. Sie sagen, es besteht die Gefahr, dass der Schwarzmarkt bleibt. Kritiker sagen, die Gefahr ist groß, dass er noch attraktiver wird, dass er sich noch ausweitet. Und Sie sagen, trotzdem machen wir es so, wie wir geplant haben?

Lauterbach: Genau, weil die Wahrscheinlichkeit, dass der Schwarzmarkt deutlich geringer wird, dass der deutlich sinkt, diese Wahrscheinlichkeit ist sehr hoch. Das ist in Kanada gelungen, das werden wir auch schaffen, wenn wir dies konsequent umsetzen. Das heißt, es

muss dann auch die Möglichkeit geben, dass derjenige, der legal konsumiert, sich legal sauberen Stoff ohne Drogendealer besorgt, und das ist die Kombination dieses Gesetzes. Das kann ich nicht erreichen, wenn ich nur legalisiere und ansonsten wenig verändere.

Barenberg: Wenn ich da noch mal einhaken darf? Ist das nicht genau das, was in dem Gesetzentwurf jetzt übriggeblieben ist, gemessen an den ursprünglichen Plänen, dass Sie legalisieren, dass Sie freigeben, aber dass Sie den Anbau und den Vertrieb von Cannabis nicht staatlich kontrollieren und lenken?

Lauterbach: Nein, das wird nicht mehr vorgeworfen. Staatlich kontrollieren und lenken, das wäre EU-rechtlich nicht möglich. Das ist ja nicht die entscheidende Frage, sondern die Frage ist, ob ich eine qualitativ hochwertige Alternative zum Schwarzmarkt bringe, in ausreichender Menge, und das ist uns ja gelungen. Mit den Cannabis-Clubs und mit dem Eigenanbau steht nicht mehr strittig, dass genug Cannabis ohne Drogenhändler zur Verfügung steht. Wir haben dieses Problem gelöst.

Barenberg: Entschuldigung, wenn ich dauernd einhake. Sie sagen, Sie haben das Problem gelöst. Die Kritiker sagen, indem die Regeln sehr locker sind, die Mengen, die man besitzen und anbauen darf, sehr groß, die Kontrolle im privaten Bereich sehr schwierig, passiert gerade das Gegenteil. Da machen Sie den Markt größer und damit auch die Gefahr, dass Sie kriminellen Aktivitäten in die Hände spielen und sie gerade nicht begrenzen.

Lauterbach: Zunächst einmal: Der Markt wird nicht größer, weil sich bei der Legalisierung in Colorado, was gut untersucht wurde, und auch in Kanada nicht gezeigt hat, dass dann mehr konsumiert wird. Der Konsum wird der gleiche bleiben, möglicherweise sogar zurückgehen. Und weil wir durch die Cannabis-Clubs und durch den Selbstanbau genug alternatives Material zum Schwarzmarkt anbieten, wird die Nachfrage nach dem Schwarzmarkt drastisch einbrechen. Das ist ja klar. Wer will denn auf dem Schwarzmarkt toxische Substanzen kaufen mit Beimengungen und sich mit einem Drogendealer in zwielichtigen Umfeldern auseinandersetzen, wenn er im Club das Cannabis bekommen kann, welches er benötigt - ohne dass er die Gefahren eingeht, und er hat auch nicht mit toxischen und schädlichen Beimengungen und der Kriminalität zu kämpfen. Wer würde das noch tun?

Barenberg: Ich frage Sie mal: Wie stellen Sie denn sicher, dass der Anbau über diese Anbaugemeinschaften und der Vertrieb über diese Clubs A von den meisten Menschen oder von vielen Menschen überhaupt genutzt wird, die möglicherweise gelegentlich Cannabis

konsumieren und nicht regelmäßig? Und wie stellen Sie B sicher, dass es da keine toxischen Beimischungen gibt, vor denen Sie ja zurecht warnen?

Lauterbach: Letzteres wird überprüft, kontrolliert, und wir machen ja auch den Eigenanbau als Möglichkeit. Somit hat jeder Erwachsene, der konsumiert, in Zukunft die Möglichkeit, Cannabis zu beziehen, ohne Beimengungen, ohne Drogendealer, ohne die Gefahr toxischer Substanzen. Das steht auch nicht strittig.

Es steht strittig, ob es zusätzlich dann den Schwarzmarkt noch weiter gäbe, und das glaube ich nicht. Ich glaube, dass dann für den Schwarzmarkt die Nachfrage einbricht, denn wieso sollte man auf dem Schwarzmarkt diese Risiken eingehen und dann auch noch illegal einkaufen, derweil es eine legale Möglichkeit preiswert mit besserer Qualität gibt. Das halte ich nicht für wahrscheinlich und das halten auch diejenigen Wissenschaftler nicht für wahrscheinlich, die uns beim Gesetz begleitet haben. Ich glaube daher, das Gesetz wird funktionieren. Diejenigen, die sich dagegen wenden, die sagen, das ist ein Gesetz, das hat Kontrollaufwand, und das stimmt. Am Anfang ist da ein gewisser Kontrollaufwand, aber wenn man ehrlich ist, den haben wir ja derzeit auch. Wir haben doch unfassbar viele Verfahren. Wir haben, ich glaube, 180.000 Cannabis-Verfahren pro Jahr. Derzeit werden Kleinstdealer verfolgt. Wir haben immer mehr junge Leute, die konsumieren. Es steht ja nicht strittig, auch übrigens von den Gegnern der Reform nicht, dass die jetzige Politik gescheitert ist. Niemand sagt ja, dass es bisher geklappt hat. In der Altersgruppe der 18- bis 25jährigen konsumiert fast ein Viertel der Bevölkerung. Das kann ja nicht richtig sein.

Barenberg: Wo Sie gerade bei den jüngeren Menschen sind, lassen Sie uns darauf noch eingehen, weil der Gesundheitsschutz auch ein Ziel ist, und von Verbänden durch die Reihe weg - von der Bundesärztekammer bis zu den Verbänden der Kinder- und Jugendmediziner -, alle sagen, so wie es jetzt geplant ist bringt es mehr Gefahren für junge Menschen als vorher. Was antworten Sie auf diese Kritik? Die ist ja auch sehr grundsätzlich und von kundiger Seite.

Lauterbach: Die kundige Seite ist da zum Teil, aber entscheidend ist auch hier, was sagen die Forscher, die davon leben, diese Politik zu untersuchen, international zu untersuchen, die Suchtforscher. Die Suchtforscher begleiten zum großen Teil dieses Gesetz und halten das für richtig, weil sie sagen, das alleinige Verbot wirkt nicht. Viele junge Leute konsumieren so gar, weil es verboten ist. Es ist nicht so, dass wir sagen könnten, im Moment konsumieren die jungen Leute nicht, sondern die jungen Leute konsumieren, und zwar zunehmend, und wir überlassen die jungen Leute jetzt in einer Tabuzone dem Schwarzmarkt. Wir wollen beim Verbot bei jungen Leuten bleiben, wollen mehr aufklären, und der gesamte Schwung der Reform soll darauf hinauslaufen, dass wir jungen Leuten, was bisher viel zu wenig klar ist, erklären, was auch richtig ist, wenn wir das sagen, dass bei Kindern und Jugendlichen, wenn

sie konsumieren, auch wenn sie nur gelegentlich konsumieren, das Risiko groß ist, dass sie sich bleibende Gehirnschäden einhandeln. Das heißt, wir wollen raus aus der Tabu-Ecke, wo über das Problem nicht gesprochen wird, hinein ins Scheinwerferlicht, wo wir es zum Thema machen. Das ist ja jetzt schon stärker zum Thema geworden. Das ist wirklich gefährlich für das wachsende Gehirn. Dann können wir Erfolge haben so wie in Colorado, wo zum Beispiel der Konsum nach der Legalisierung nicht mehr gestiegen ist. Bis daher war er immer weiter gestiegen, wie auch in anderen Teilen Amerikas.

Barenberg: Sie nennen Colorado. Soweit ich das verstanden habe, sind die Daten dort unübersichtlich und lassen keine klare Schlussfolgerung zu. Gegenbeispiel ist Kalifornien, wo der Konsum von Cannabis nach der Legalisierung in der Alterskohorte zwischen 12- und 17jährigen um 20 Prozent gestiegen ist. Es gibt auch Gegenbeispiele.

Lauterbach: Es ist aber, glaube ich, nicht strittig, dass zum einen Colorado sehr viel konsequenter den Jugendschutz gemacht hat und auch viel besser untersucht worden ist als in Kalifornien. Zum zweiten: So wie es in Kalifornien gemacht worden ist, so haben wir es ja nicht vor. In Kalifornien ist legalisiert worden, aber der Anbau, die Produktion, die Einfuhr, all das kommt weiterhin über die dunklen Kanäle. Dort gibt es keine Anbauvereine, dort gibt es nach wie vor den Konsum aus den suspekten Quellen, die man in Deutschland demnächst nicht mehr braucht. Wir legalisieren weder wie in Kalifornien, noch wie in Holland. Das sind ja Gegenbeispiele, die immer wieder gebracht werden. Die haben aber mit unserer Regel wenig zu tun.

Barenberg: Woran erkennt man, dass Sie diese gravierenden Bedenken, sagen wir, von medizinischen Fachleuten ernstnehmen? Man könnte ja auf die Idee kommen zu sagen, in den USA beispielsweise ist die Abgabe von Cannabis erst ab 21 möglich. Warum ist das für Deutschland unvorstellbar?

Lauterbach: Weil wir dann gerade diejenigen zwischen 18 und 21 – und oft wird auch der Vorschlag gemacht ab 25 -, dann würden wir ausgerechnet diejenigen, wo es den größten Schaden anrichtet, bei den Menschen, die mit wachsendem Gehirn schon konsumieren, dem Schwarzmarkt überlassen. Das wird dann ja nicht so funktionieren, dass die dann nicht mehr konsumieren, sondern die konsumieren ja jetzt schon und konsumieren weiter. Es geht nicht darum, neue Konsumenten zu finden, sondern die 18- bis 25jährigen, die jetzt konsumieren, die wollen wir sicherer konsumieren lassen. Die wollen wir versuchen, zu erreichen mit unserer Kampagne. Aber es ist doch jetzt nicht so, als wenn die beginnen würden zu konsumieren, sondern die konsumieren und die werden ganz gezielt in Abhängigkeit auch von anderen Substanzen gebracht durch den Schwarzmarkt und durch die Drogendealer.

Barenberg: Zum Schluss, Herr Lauterbach: Es gibt jetzt noch mal einen Brandbrief, möchte ich es nennen, von zwei Abgeordneten der SPD im Bundestag, von Sebastian Fiedler und Sebastian Hartmann, die bekannte Kritiker der Regelung sind und jetzt noch mal alle ihre Argumente aufschreiben mit dem Appell, nicht zuzustimmen. Sind Sie sich sicher, dass dieses Gesetz durch den Bundestag in dieser Woche gehen wird?

Lauterbach: Ja, das Gesetz wird durch den Bundestag gehen, und wir sind ja auch mit allen Mitgliedern der Fraktion – ich hatte dort ein Angebot gemacht – noch einmal durch alle Argumente vor einer Woche gegangen. Somit ist in dem Brief kein einziges neues Argument. Wenn wir uns öffentlich jetzt kritische Briefe schreiben, damit die in der Presse zitiert werden, das ist nicht schön, aber auch damit leben wir. Aber es wird auf jeden Fall zu einer entsprechenden Abstimmung kommen. Wir werden das durchbringen. Wir evaluieren das Gesetz ja auch schon nach 18 Monaten. Ich glaube, dass wir hier einen wichtigen Schritt tun, weg von einer gescheiterten Cannabis-Politik.

Äußerungen unserer Gesprächspartner geben deren eigene Auffassungen wieder. Deutschlandfunk macht sich Äußerungen seiner Gesprächspartner in Interviews und Diskussionen nicht zu eigen.